

Landesbibliothek Oldenburg

Digitalisierung von Drucken

**Norddeutsches Volksblatt. 1887-1918
8 (1894)**

63 (17.3.1894)

[urn:nbn:de:gbv:45:1-216160](https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:gbv:45:1-216160)

Norddeutsches Volksblatt.

Organ für Vertretung der Interessen
des werktätigen Volkes.

Redaktion und Expedition: Bant, Adolfsstraße Nr. 1.

Abonnement	
bei Vorauszahlung frei im Haus:	
vierteljährlich	2,10 M.
für 2 Monate	1,40 "
für 1 Monat	0,70 "
vgl. Postbefehlgeb.	

Er scheint täglich mit Ausnahme der Tage nach Sonn- und gesetzlichen Feiertagen. Preis für die vierteljährliche Zeit 10 M bei Vorabzahlung im Voraus. Postzeitungsliste Nr. 4896.

Inseraten-Einnahme für die laufende Nummer bis spätestens Mittags 1 Uhr. Größere Inserate werden früher erbeten.

Nr. 63.

Bant, Sonnabend den 17. März 1894.

8. Jahrgang.

Der Handelsvertrag und die Aufgaben der sozialdemokratischen Partei.

Aus dem Kreise der Parteigenossen gehen dem „Vorwärts“ die folgenden Betrachtungen zu:

Wiederholt ist an dieser Stelle der deutsch-russische Handelsvertrag Gegenstand eingehender Betrachtungen gewesen und namentlich ist hingewiesen worden auf den Hauptgrund, der unsere Genossen in der Forderung bestimmt, die Entschädigung zu Gunsten des Handelsvertrages zu leisten, nämlich die Verbilligung des Brodformens und die daraus zu erwartende, wenn auch nicht erhebliche positive Besserung in der Lebenshaltung weite Kreise unseres Volkes. Aber dies ist nicht die einzige sozialpolitische Folge, die dieser Akt nach sich ziehen wird, und wir wollen daher versuchen, noch einige andere, die uns wichtig erscheinen, und die in näher Zeit dringende und schwerere Aufgaben an die Partei stellen werden, zu beleuchten. Manches entnehmen wir einem Leitartikel, den Professor von Schulze-Gaevernich in Nr. 23 des „Sozialpolitischen Zentralblattes“ veröffentlicht hat.

Die deutsche Exportindustrie wird durch die Wiedererschließung des bedeutenden russischen Marktes einen starken Ansporn zu weiterer Entfaltung erhalten, die unmittelbar auch das Streben nach technischem Fortschritt im Produktionsprozeß erhöhen wird. Dieser technische Fortschritt besteht in zweierlei: in Konzentrierung der Betriebe und fortschreitender Anwendung und Verbesserung von Maschinen. Nach unserer wissenschaftlichen Erkenntnis bilden aber diese beiden Vorgänge die Voraussetzung der wirtschaftlichen und sozialen Emporentwicklung der arbeitenden Klassen, indem nämlich erst der Großbetrieb eine thatkräftige Arbeiterschutzbeseitigung ermöglicht. Ein Aufschwung der Lohnverhältnisse aber ist der bestmögliche Bundesgenosse der Organisationen, die sich in solchen Zeiten stets zu kräftigen pflegen.

Die sozialpolitischen Folgen würden also für die industriellen Arbeiter zunächst wahrscheinlich wesentlich günstig sein. Auf die agraren Verhältnisse würde der Vertrag insofern einwirken, als er eine Stärkung des bäuerlichen Elements gegenüber der Grundbesitzerklasse veranlassen würde, meint Prof. v. Schulze: denn der Aufschwung der Industrie bewirkt eine vermehrte Nachfrage gerade nach jenen Produkten, welche die bäuerliche Wirtschaft herozubringen pflegt. Wir wollen darauf nicht weiter eingehen, da es für uns weniger Bedeutung hat und vielmehr betrachten, wie sich die Neuerungen zu den Interessen des Großgrundbesitzes (und zwar des östlichen, der hier zunächst allein in Frage kommt) verhalten werden.

Wahrscheinlich ist, daß der industrielle Aufschwung sich sehr bald zeigen wird, da die Fabrikanten sich schnell

auf einen neuen Markt zu stürzen pflegen und einander den Rang abzulaufen suchen; ein Ausfließen der Industrie, sei es auch nur von kurzer Dauer — und von kurzer Dauer wird es in diesem Falle voraussichtlich sein —, hat aber stets eine verstärkte Wanderung der arbeitenden Bevölkerung von Oden nach Westen zur Folge. Der Mangel an ländlichen Arbeitern im Osten Deutschlands wird demnach voraussichtlich bedeutend empföndlicher werden, zumal auch diejenigen westlichen Landarbeiter erzieht werden müssen, die sich ihrerseits der Industrie zuwenden werden. Da die Agrarier aber das einzige Mittel, die deutschen Arbeiter an ihre Besitzungen zu knüpfen, nämlich höhere Lohnzahlung und Gewährung besserer Lebensbedingungen, nach der Herabsetzung der Lebensmittelpreise unter Hinweis auf den vermeinderten Ertrag in noch geringerem Maße als bisher anwenden werden, so werden sie sich genötigt sehen, in immer größeren Mengen slavische Arbeiter aus Rußland heranzuziehen. Und das wird ihnen um so leichter, als der strenge Abschluß der deutschen Grenze gegen russische Arbeiter gänzlich fällt. Diese Einwanderung oder Heranziehung von billigen, lohnkräftigen Arbeitskräften verstärkt aber noch mehr die erwähnte Tendenz der deutschen Arbeiter jener Gegenden, sich den Industriebesitzern oder den Rußländern jenseits der Elbe zuzuwenden. Wir werden also eine relative und absolute Vermehrung des Slaventhums und eine dementsprechende relative und absolute Abnahme des Deutchthums im Osten unseres Landes zu erwarten haben.

Welche Aufgaben ergeben sich nun für die sozialdemokratische Partei Deutschlands?

Zunächst müssen alle die aus dem Osten der Industrie ausströmenden deutschen Arbeiter sofort in die festen Kadres unserer Organisation aufgenommen werden, denen sie bisher wohl zum größten Theile fern standen. Sodann ist aber das Bestreben unserer politischen Genossen energisch zu unterstützen, die ihrerseits die Organisation unter den einwandernden Landarbeitern mit verstärktem Eifer auszuüben haben werden. Die angebotenen Veränderungen in der Struktur unserer Bevölkerung müssen unbedingt im weitesten Maße für unsere Partei ausgenützt werden, was bei den großen Hilfsmitteln, die uns zu Gebote stehen oder die wir noch aufbieten können, sicherlich auch gelingen wird.

Aber die Agitation und Belehrung muß auch ganz besonders eindringlich und sorgfältig betrieben werden, denn wir wollen nicht versäumen, schon jetzt darauf hinzuweisen, daß dem zu erwartenden Aufschwung unserer Industrie eine schwere Krise bald mit Sicherheit nachfolgen wird. Diese Zeit der wirtschaftlichen Depression wird voraussichtlich die heutige an Schwere bedeutend übertrifft und die härtesten Anforderungen an die Ueber-

zeugungstreue des Einzelnen und an die Leistungsfähigkeit der Organisationen stellen.

Darum also auf zu energischer und zielbewußter Thätigkeit! Das sei der Ruf, mit dem wir den deutsch-russischen Handelsvertrag begrüßen.

Politische Rundschau.

Bant, den 16. März.

— Aus dem Reichstage. Das Haus trat gestern in die dritte Berathung des Etats ein. In der Generaldebatte wies unser Genosse Liebknecht Angesichts der Zwangslage, in der wir uns betrefis der Militärrolle befinden, noch einmal treffend auf das kulturfeindliche Streben des Militarismus hin, in Aussicht stellend, daß die Sozialdemokraten in der nächsten Session des Reichstages einen Antrag einbringen werden, den Gedanken der Umwandlung des stehenden Heeres in ein Milizheer in Erwägung zu ziehen. Unsere Stellung zum Etat sei selbstverständlich ablehnend. Beim Marinestat wünschte Abg. Zebien, daß den Maschinen das Recht zum Einjährig-Freiwilligendienst gemährt werde, ferner fragte Abg. Lieber an, welche Fürsorge man für die Hinterbliebenen der auf der „Brandenburg“ Verunglückten zu treffen gedenke. Der Schatzsekretär theilte mit, daß insgesamt 138 Hinterbliebene zu versorgen seien. Sollten die dazu vorhandenen Fonds nicht ausreichen, so werde man eine Erhöhung derselben beantragen. Zum Etat der Reichsjustizverwaltung lag eine von den Sozialdemokraten beantragte Resolution vor, welche sich gegen die in neuerer Zeit im Königreich Sachsen gefällten Urtheile, betr. Vertheilung von Stimmzetteln und Druckfachen zu Wahlzwecken, wendet und von Auer begründet wurde. Auf jeden Fall, so führte Auer aus, müsse dem vorgebeugt werden, daß das sächsische Oberlandesgericht entgegen den Bestimmungen des § 43 der Gewerbeordnung auf die Vertheilung von Wahlzettelchen den groben Unfallsparagrafen anwendet, wie das bisher geschehen ist. Abg. Träger schloß sich den Ausführungen Auers vollkommen an. Die Resolution wurde schließlich von ihrem Einbringer wieder zurückgezogen mit dem Vorbehalt, bei Gelegenheit darauf zurückzukommen. Hierauf wurde nach kurzer Debatte — der Reichstag arbeitet jetzt schnell, da die Osterferien vor der Thür stehen — der Etat der Postverwaltung und der Rest des Etats erledigt. Den Schluß der Tagesordnung bildeten eine Anzahl Petitionen.

— Das Ergebnis der Reichstagserversammlung im Wahlkreis Referat Bonn ist folgendes: Szymanski (Vole) 7250, Dziembowski (Reichspartei) 4910, Wolch (Antimit) 3260, periplettirt 240 Stimmen, sonach Stichwahl zwischen Dziembowski und Szymanski.

Im Trauerhaus.

Eine Szene aus der menschlichen Tragikomödie von Robert Robertich (Hamburg).

(Schluß.)

„Frau Niebuhr“, sagte die Andere, indem sie ihren Ruck in den Wein tauchte. „Frau Niebuhr, warum meinen Sie eigentlich so schrecklich? Sehen Sie mal, Frau Egert weint gar nicht! Wissen Sie, ich war auch beim Begräbniß von Frau Willeberd's erstem Manne, — ob, die hat fürchterlich geweint!“

„Im“, entgegnete Frau Niebuhr, „nach dem Weinen allein kann man sich wohl nicht richten. Frau Willeberd hat sich doch schon nach knapp einem Jahr wieder verheiratet.“

„Na, wissen Sie denn, ob Frau Egert —? Nun, warten wir's ab.“

„Oh nein, Frau Holle“, sagte Frau Niebuhr mit merkwürdiger Entrückung, „das wird Frau Egert nicht thun! Ich habe viel verkehrt hier im Hause. Ich weiß, wie lieb die Weiden einander gehabt haben. Und jetzt — so plötzlich! Es ist ja so schrecklich! Mein Mann ist ja auf Reisen, und wenn ich denken sollte, — Gott im Himmel!“ Von Neuem drangen die Thränen aus den Augen der jungen Frau.

„Ach, und so ein guter, herzenguter Mann!“ schluckte sie.

„Um“, meinte Frau Holle, „Ihr Mann verliert wohl kein Geld an ihm, wie?“

„Das weiß ich nicht; — warum?“

„Oh, ich meine nur so. Gewiß, Herr Egert war ein ganz guter Mensch. Er hätte nur seine beiden Freunde nicht so um's Geld bringen sollen, hat mein Mann gesagt.“

„Wenn er das gethan hat, so hat er's gewiß nicht ändern können. Ich weiß, er war ein ehrlicher, fleißiger Mann und hat sich genau bis zum letzten Augenblicke. Und nichts, gar nichts hat er hinterlassen, sagt man. Ach, die arme, arme Frau! Aber Roth soll sie nicht leiden; ich weiß, mein guter Mann denkt darin wie ich; — nein, so lange wir noch ein Stück Brod haben —“

Das Mißgeschick übermannete wieder Frau Niebuhr, und sie brach von Neuem in Thränen aus.

„Rein Himmel“, rief ärgerlich Frau Holle, „jammern Sie doch nicht immer gleich so schrecklich! Und wenn Sie Ihren guten Mann erst fragen wollen, ob Sie der armen Frau Egert ein Stück Brod geben dürfen, — nun, — von mir kann sie ein Stück Fleisch bekommen, — jeden Tag meinestwegen ein Stück Fleisch, — und darum brauch' ich meinen Mann noch lange nicht zu fragen!“

„Aber wie können Sie das so auffassen?“

„Ich sah's das auf, wie das gesagt ist, Madame. Und Frau Egert bekommt von mir noch Bouillon und Gemüße dazu; — das sag' ich Ihnen, Frau Niebuhr, — und wenn's Ihnen noch so unangenehm ist!“

„Aber das ist doch ganz unangenehm!“

„Unangenehm ist das? Frau Niebuhr, nun sagen Sie nur doch ein Wort, — nur noch ein einziges Wort, — dann bekommt Frau Egert von mir jeden Tag auch noch eine halbe Flasche Wein!“

Während dessen hatte die dritte der Trübsalinnen, Frau Willeberd, ihres Amtes gewaltet und fleißig und energisch auf die trostlose Wittwe eingewirkt.

„Wer hätte das gedacht, Frau Egert? Aber es sollte so sein. Es war so bestimmt, und Sie müssen sich nicht solche Gedanken machen, Frau Egert. Nein, wirklich nicht. Sterben müssen wir Alle, und Sie sollen sehen, — denken Sie an mich! — was ich Ihnen sage, — wenn die Leiche

nur erst aus dem Hause ist, dann wird Ihnen viel leichter zu Ruche. Wissen Sie, Frau Egert, — als mein erster Mann starb, ach, da war ich auch so entsetzlich traurig und habe ganz schrecklich geweint, — und da sagte mein Gustav zu mir: Rathkübe, sagte er, — ach Gott, nein, damals sagte er ja noch Frau Wangel's zu mir, — Frau Wangel's, sagte er, Sie sollen mal sehen, wenn die Leiche erst aus dem Hause ist, dann wird Ihnen viel leichter zu Ruche, und wirklich, Frau Egert —“

In diesem Augenblicke trat mit feinen wuchtigen Schritten Herr Joachim Kluthe in's Zimmer, pflanzte seine Riesengestalt vor der zusammensinkenden Frau Egert auf und sagte in leinemwegs mildem Tone:

„Madame, eh' ich weiter 'n Quard anleg', — sind Sie wohl so gütig und bezahien mich erst!“

Frau Egert starrte wie abwesend auf den Herrn Leichenbestatter.

„Ja, Madame, — ich kann's nicht helfen! Wenn die Verhältnisse nicht darnach sind, denn muß man sich kein Begräbniß erster Klasse vor 600 Mark bezahlen. Ich kann's nicht helfen!“

„Aber Sie haben sich ja selbst angeboten. Sie haben mich so gequält —“

„Ja, Madame, Leichen sind mein Geschäft, und ich hab' mein Geschäft empfinden. Ich kann nicht wissen, daß die Verhältnisse hier leider so liegen. Wollen Sie so gut sein und erst bezahlen, — anders gehi's wahrhaftig nicht.“

Frau Egert antwortete gar nichts. Aber ihr unheimlich fremden Blick und ihre so sonderbar transpazit gerungenen Hände stimmten die brutale Sicherheit des Herrn Kluthe ein wenig herab.

„Madame Egert“, sagte er in etwas weniger resolutem Tone, „Sie können doch wahrhaftig nicht verlangen, daß ich so'n Beerdigung erster Klasse aus meiner Tasche bezahien

Zum „Entrüstungskurm“ der Postbeamten. Aus Anlaß der Rede Schönlanfs wollte auch der Hamburger „Verein der Post- und Telegraphen-Unterbeamten“ seiner „Entrüstung“ die Zügel schiefen lassen. Er berief deshalb eine Vereinsversammlung ein, in welcher dem Staatssekretär Dr. v. Stephan eine Vertrauensadresse dargebracht werden sollte. Dieses Vorhaben scheiterte jedoch fälschlich: es stimmten nur 67 Unterbeamten für eine Adresse, 187 aber dagegen. In Hamburg weiß eben die Mehrzahl der Unterbeamten ganz genau, wer wirklich für ihre Interessen eintritt.

— Eine treffende Charakteristik des deutschen Philistertums liefern einmal wieder die kontervativen „Grenzboten“. „Wir Deutschen“, meinte einst Bismarck, „fürchten Niemand als Gott allein!“ Ein Mitarbeiter der „Grenzboten“ ist anderer Meinung. „Der Reichsdeutsche“, meint er, kommt aus der Furcht nicht heraus. Er fürchtet sich vor'm Schulmeister, er fürchtet sich vor'm Lehrherrn oder Fabrikbesitzer, er fürchtet sich vor den Examinatoren, er fürchtet sich vor'm Unterföhrer, er fürchtet sich vor Polizei und Staatsanwalt, er fürchtet sich vor den Denunzianten, von denen es wimmelt, er fürchtet sich vor'm Hauswirth, er fürchtet sich vor seinem Brotherrn oder vor seinen Kunden, er fürchtet sich vor einflußreichen Chancern oder Risikojüngern; — nur vor Gott fürchtet er sich nicht, weil es ja, wie deutsche Wissenschaftler lehren, keinen gibt.“

— Die Haltung des Zentrums bei der Abstimmung über den russischen Handelsvertrag beleuchtet die „Freisinnige Zeitung“ folgendermaßen: „Die Zentrums-partei zählt, abgesehen von den deutsch-hannoverschen Deputirten, 95 Mitglieder. Von denselben fehlten 16 bei der Abstimmung. Es nahmen also 79 an der Abstimmung theil. Von diesen 79 stimmten 38 für den Artikel 1 des Handelsvertrages und 41 gegen denselben. 38 Mitglieder der Zentrums-partei neutralisirten sich also gegen die ganze große Zentrums-partei sam demnach nur mit einer Stärke von drei Stimmen für die Annahme des Artikels 1 in Betracht. Die Moral dieser Abstimmung ist: große Parteien haben keine Bedeutung, wenn sie in Fragen von solcher großen grundsätzlichen Bedeutung auseinandergehen und sich durch entgegengesetzte Abstimmungen derart neutralisiren.“ — Das Volk muß einsehen, wie nicht seine Interessen von den Zentrumsmännern gewahrt werden, sondern diesen die Fraktionstaktik das ausschlaggebende Moment ist.

Oesterreich-Ungarn.

Wien. Auf der Strecke der Neuen Wiener Tramway mit Pferdebetrieb ist ein allgemeiner Ausstand ausgebrochen.

— Zum Bürgermeister von Wien ist der bisherige zweite Vizebürgermeister Gruebl mit 88 von 131 abgegebenen Stimmen gewählt. Der antikemistische Gegenkandidat Zueger erhielt 43 Stimmen.

— Kossuth, der ehemalige ungarische Freiheitsheld, liegt im Sterben.

— In Prag begann am 14. März der Prozeß gegen die beiden Mörder des früheren Mitgliedes der „Omladina“ Mrova und gegen die beiden Ankläger zu der That.

Frankreich.

Paris, 15. März. Ein neues Dynamit-Attentat ist von hier zu berichten. Den Zeitungen wird darüber telegraphirt: In der Madeleinekirche erfolgte heute Mittag 2 1/2 Uhr an der Eingangstür eine schreckliche Detonation. Dem Urheber des Attentats war die Bombe in den Händen geplatzt. Er war sofort todt. Weitere Opfer sind bisher nicht bekannt. Der Materialschaden ist unbedeutend. Der Platz vor der Madeleinekirche ist polizeilich gesperrt. Die Aufregung ist unbeschreiblich.

Italien.

— Aus Mailand wird gemeldet, daß in Siena ein Streik der Eisenbahnwerkstattarbeiter aus-

gebrochen ist, der sich immer weiter ausdehnt. So sollen auch in Verona an 1300 Arbeiter die Arbeit eingestellt haben.

— Der Urheber des letzten Bombenattentats soll in der Person des achtzehnjährigen Anarchisten Mischändler Binzignoni endtief sein.

Deutscher Reichstag.

71. Sitzung vom Mittwoch den 14. März.

Am Tische des Bundespräsidenten: Dr. v. Bötticher, Graf Posadowsky, Hollmann u. A.

Auf der Tagesordnung steht der Rest der zweiten Etatsberatung. Die Kommission beantragt, den Betrag der Zundersteuer statt auf 70 400 000 auf 75 400 000 festzusetzen.

Abg. Baasche (mit.) beantragt, den Betrag dieser Steuer auf 72 Millionen festzusetzen.

Rach langer Debatte wird der Antrag der Kommission gegen die Stimmen der Rechten und der Mehrheit der Nationalliberalen angenommen. Der Antrag Baasche ist damit beseitigt. Zum Etat der „Zölle und Verbrauchssteuern“ beantragen die Abg. Kuer und Genossen: Der Reichstag wolle den Reichsfiskus ersuchen, nach jeder Neuberechnung der Jahreserträge an Branntwein, welche die einzelnen Brennereien während der Kontingentsperiode zum niedrigeren Satze der Verbrauchsabgabe besteuern dürfen, spätestens bis zum Schlusse des Berichtsjahres dem Reichstage ein nach Steuerbedürftigkeit und für jeden Steuerbedürftigen nach der Höhe des Kontingents geordnetes Verzeichniß der Brennereien vorzulegen, deren Kontingent mindestens 200 Hektoliter betrage, unter Angabe von Namen und Wohnort des Unternehmers jeder Brennerei, die nach ihrer Eigenschaft als landwirthschaftliche oder gewerbliche aufzuführen ist.

Abg. Schönlanf (Soz.) führt zur Begründung der oben mitgetheilten Resolution aus: Unser Antrag bewirkt eine Festsetzung derjenigen Brennereibetriebe, welche Beiträge von der Verbrauchsabgabe haben. Wir haben es ja erlebt, daß der bayerische und auch der preussische Finanzminister überaus bedrückt haben, daß es eine Verbrauchsabgabe gibt. In Wahrheit wird aber ohne Zweifel durch die Steuerdifferenz eine kleine Rindereit auf Kosten der Gesamtheit bereichert. Wie groß diese ist und aus welchen Elementen sie sich zusammensetzt, soll durch die von uns verlangte Statistik festgestellt werden. Wie die Kammer ein Verzeichniß verlangt haben, so fordern wir ein Register der Verbrauchsabgabepflichtigen. Gebührende Kosten wird die Statistik nicht verursachen, und ich bitte Sie daher, unsere Resolution anzunehmen.

Reichsfinanzsekretär Graf Posadowsky: Ich theile dem Hause wohl einen Bescheid, wenn ich auf die Frage der Verbrauchsabgabe nicht näher eingehen. Ich verweise nur darauf, daß die Kartonspreise erheblich gestiegen sind und daß mit einem weiteren Sinken eine weitere Schädigung der Landwirthschaft verbunden sein müßte. Wir haben im vorigen Jahre eine Nachweisung über den kontingentirten Branntwein vorgelegt und sind nicht abgeneigt, sie fortzusetzen. Aber eine Art Korbzucht der Kontingentirten vorzulegen, eine Professionsliste, die nur zu Käntationszwecken dienen soll, wird die Regierung nicht vorgehen. Die Regierung wird also auf diesen Antrag niemals eingehen.

Abg. v. Kardorff (Sp.) bemerkt, die Differentialsteuer sei keine Verbrauchsabgabe, sondern eine Strafe für diejenigen, welche über das Kontingent hinaus brennen.

Abg. Schönlanf weist darauf hin, daß es sich hier doch nicht um Professionslisten, sondern um eine Nachweisung von Personen handle, welche Beiträge aus der Verbrauchsabgabe hätten. Trinzigbleibet Trinzig, ob man es nun Verbrauchsabgabe oder Kontingent nenne.

Die Resolution wird darauf gegen die Stimmen der Sozialdemokraten und Freisinnigen abgelehnt; der Etat unverändert bewilligt. Obens der Etat der Reichshauptabgaben.

Es folgt die feiner Zeit wichtigste Position aus dem Etatsordnarium des Reichshauses des Innern, der: das Nationaldenkmal Kaiser Wilhelms I.

Die Kommission beantragt eine einmalige Bewilligung von vier Millionen Mark zur Errichtung eines Reiterdenkmalbildes des Kaisers Wilhelm I. in Berlin, erste Rate Mk. 1 100 000.

Referent Abg. Graf Sumburg-Sturum (konf.) bestrichwortet diesen Antrag.

Abg. Frey v. Stamm (Sp.): In Bezug auf die Ausführung des Denkmalbildes hat sich der Reichstag durch seinen früheren Beschluß aller Einwirkung begeben. Wir erkennen aber an, daß er in finanzieller Beziehung eine solche noch hat. Wir schließen uns dem Beschluß der Kommission an, binden uns damit aber nicht für die Zukunft.

Abg. Singer (Soz.): Ich habe Namens meiner Partei zu erklären, daß wir weder für die Regierungsvorstellung noch für den Kommissionsantrag stimmen werden. Wie überlassen hat den Parteien, welche ein Bedürfnis zu einem solchen Denkmal haben. Wir wollen nicht unsere Stimme dazu geben, daß dem Volke Kosten aufzuerlegt werden für eine Forderung, welche nicht dringend und unauflösbar ist, vor Allen nicht in einer Zeit der wirthschaftlichen Depression.

Abg. Richter (fr. Sp.): Wir stimmen nur dann dem Kom-

missionsantrag zu, wenn sich die Regierung an denselben auch freiwillig bindet und wenn Garantie geschaffen ist, daß man uns nicht mit Nachforderungen kommt. Ich will durch die Erklärung auch hergestellt sehen, daß das Denkmal nur aus Mitteln hergestellt werden soll. Andernfalls würden wir in unsere abweichenden Haltung bestehen müssen.

Abg. Singer: Ich kann eine bestimmte Erklärung Namens der verbündeten Regierungen heute nicht abgeben, glaube aber nicht, daß sie sich dem Antrage der Budgetkommission widersetzen werden. Das abweichende Votum der Sozialdemokratie an sich ist mir durchaus verständlich, aber die aus der Finanzlage entnommenen Bedenken kann ich doch nicht theilen. Das deutsche Volk ist noch nicht so arm, daß es nicht seine Dankeschuld für den verstorbenen Kaiser abzahlen könnte.

Abg. Frey v. Stamm (konf.): Ich habe Namens meiner Freunde zu erklären, daß wir für den Kommissionsantrag stimmen werden. Dem Abg. Singer möchte ich erwidern, daß wir uns verpflichtet fühlen, die Dankeschuld gegen den verstorbenen Kaiser abzurufen.

Abg. Singer: Im gewöhnlichen Leben pflegen Diejenigen, welche eine Dankeschuld haben, dieselbe auch aus eigenen Mitteln abzurufen. Wir würden es Herrn v. Stamm und seinen Freunden auch nicht verdenken, wenn sie das Denkmal aus eigenen Kosten errichten wollten. Wir sind nicht nur aus finanziellen Gründen gegen die Forderung, sondern ich habe ausdrücklich betont, wir sind prinzipiell dagegen.

Abg. Richter (fr. Sp.) stellt fest, daß die Erklärungen des Staatssekretärs noch unbestimmter gelautet hätten, als die in der Kommission.

Abg. v. Bennigsen (natl.): Ich formuliere, daß Herr Singer heute erklärt hat, daß er prinzipiell gegen die Forderung ist. (Auf bei den Sozialdemokraten: Immer!) Das bezeichnet wieder einmal die Stellung der Sozialdemokratie, und ich glaube nicht, daß die Tausende der deutschen Arbeiter hinter den Herren stehen. Im Uebrigen habe ich Namens meiner Freunde zu erklären, daß wir für den Kommissionsantrag stimmen werden.

Abg. Dr. Lieber (Zent.): Ich behaupte, daß wir hier, wo es sich um das Andenken des unerschlagenen Kaisers handelt, solche Dinge überlassen müßten, wie sie Herr Singer gesagt hat. Das hat aber sein Gutes, denn je klarer die Herren mit der Sprache herauskommen, desto klarer wird man über diese Dinge erkennen. Im Uebrigen habe ich zu erklären, daß auch wir aus dem Boden des Kommissionsantrages stehen.

Abg. Frey v. Stamm (konf.) weist darauf hin, daß es sich um ein nationales Denkmal handle; die Ausführungen des Herrn Singer seien aber nicht national, sondern international gewesen.

Abg. Bebel (Soz.): Was Herr Singer heute gesagt hat, war weder national noch international, es bezeichnet nur einen antimonarchischen Standpunkt, aus dem wir niemals ein Wort gemacht haben. Das wissen die breiten Massen des Volkes und bei ihnen werden auch die Herren v. Bennigsen und Dr. Lieber keinen Fuß breit abdragen. Daß wir denjenigen Persönlichkeiten kein Denkmal setzen wollen, die zwölf Jahre lang das Sozialregime aufricht erhalten hat, ist doch wohl erklärlich. (Beifall bei den Sozialdemokraten.)

Die Forderung wird darauf gegen die Stimmen der Sozialdemokraten, freisinnigen Volkspartei, sächsischen Volkspartei in der Fassung der Kommission bewilligt.

(Schluß folgt.)

Oldenburger Landtag.

Sitzung vom Freitag den 9. März.

Auf der Tagesordnung steht zunächst der Bericht des Eisenbahn-Ausschusses über den Antrag des Abg. Plagge, daß die von der Eisenbahndirektion auszuführenden Sanftflächen mit Klei überfahren und der Landeshauptstadt zugänglich gemacht werden sollen. Der Ausschuss beantragt Überweisung an die Regierung zur Prüfung, welchen Antrag der Landtag mit dem Antrag Jahres, daß dies als gesonderten Sanftflächen der Verwaltung des Landeshauptstadt unentgeltlich überlassen werden und letztere anderweitig wird, aus den zur Zeit unbenutzten Flächen solcher Flächen durch Aufbringung von Klei landwirthschaftlich nutzbar zu machen, annimmt.

Ohne Debatte wurde dann der Gesetzentwurf über die Organisation der Eisenbahnverwaltung angenommen.

Dann folgt die zweite Lesung des Gesetzentwurfs über Drangulung des Einkommens aus dem Staats- und Krongut u. s. w. zu dem Kommunalabgaben.

Der Abg. Plagge hat zur zweiten Lesung fünf Anträge gestellt, welche dahin zielen, diese Einkommen nicht zu zwei Dritteln, sondern zum Vollen zu Gemeinde- und Schulabgaben heranzuziehen.

Für den Antrag treten ein Plagge, Jürgens, Jaspers, Jaspers des Wälden, während die Abgeordneten, um das Zustandekommen des Gesetzes zu ermöglichen, für die Vorlage plädierten.

Die namentlichen Abstimmungen wurden die Anträge des Abg. Plagge abgelehnt und die Regierungsvorlage angenommen.

In zweiter Lesung wird dann die Kaufnahme einer Kasse von 10 000 000 Mk. genehmigt. Ferner wird auf Antrag des Abg. Schulze dem Registratur des Landtages eine Gehaltszulage von 100 Mk. zugestimmt, so daß er nun 700 Mk. erhält.

Der Präsident, Dr. Wogemann, giebt nun einen Ueberblick über die erledigten Geschäfte des Landtages, wonach 104 Petitionen eingegangen und von diesen 103 erledigt worden. Vorschläge haben 29 Rattegefallen, die Zahl der Ausschreibungen war klein.

Nach den üblichen Dankreden zwischen Präsidium und Landtag verließ der Minister Janßen den Landtagssaal und die lang arbeitende Landtagssession war geschlossen.

Gewerkschaftliches.

— Der Schneiderzweig in Kiel ist durch Vermittelung des vorigen Gewerkschaftsgerichts in einer Reihe betreffender Weise beendet.

Aus Stadt und Land.

Dant, 16. März. In der gestrigen Sitzung des Gemeinderathes wurde über folgende Gegenstände beraten und Beschluß gefaßt. Zunächst stimmte der Gemeinderath dem Antrage des Großherzog. Amtes zu, den arbeitsscheuen und dem Trunke ergebenen früheren Waler B. der Korrekptionsanstalt in Besta zuzuführen. Sodann wurde über den schriftlich eingereichten Antrag mehrerer Gemeinderathsmitglieder, betr. Verlegung des Gemeindebüros, verhandelt. Die Nothwendigkeit, das Bureau nach der Mitte der Gemeinde zu verlegen und dasselbe der Größe der Gemeinde entsprechend einzurichten, insbesondere das Bureau des Gemeinderathsführers mit dem Gemeindebüro zu verbinden, wurde einstimmig anerkannt. Jedoch gingen über die Ausführungen die Ansichten weit auseinander. Ein Theil des Gemeinderathes hält den Bau eines Rathshauses für die glücklichste Lösung der Angelegenheit, während der andere Theil glaubt, besser zu fahren und dem Bedürfnis zu genügen, wenn entsprechende Räume gemietet werden. Um die Angelegenheit in die Wege zu leiten, wurde eine Nebenkommission gewählt. Es sollte nun die Verathung des Entwurfs eines Statuts für Anstellung der Gemeindeführerbeamten. Nach dem vorliegenden Statuten-Entwurf soll der Gemeindevorsteher, aber nur

Veracht wie unwillkürlich wieder die Trauermuse erster Klasse annehmen:

„Madame, ist Alles in Ordnung. Nun wird Ihr lieber Mann aber auch in Vergessenheit kriegen, daß Sie Vergessenheit daran haben sollen!“

Wenige Minuten später wurden die Thüren des Zimmers, in dem die Leiche aufgehahrt gewesen war, weit geöffnet. Die Herren im Vorderzimmer sahen in der Fronte und die Damen im Nebenzimmer sahen von der Seite den klumengeschwimmten Sarg auf der Tragbühne.

Vor dem Sarge aber stand, umgeben von seinen zwölf Trägern, Herr Joachim Klutze. Seine ungeheuren Hände lagen gefaltet auf seinem Riemenband, und seine röhlichen Augen starrten, wie allem Leblichen entrückt, stier in die Höhe. Auf seinem feinsten Gesichte lag fingerbild der Menschheit ganzer Jammer. Langsamer so lange wie das Beien eines Laternefens dauerte, stand er so.

Dann fielen plötzlich und wie mit einem Ruck die Augen auf den Sarg nieder. Das war das Zeichen für die Träger. Mit militärischer Schärfe hoben sie den Sarg empor und trugen ihn langsam von dannen.

Da tönte ein lauter, herzerschütternder Schrei aus dem Nebenzimmer und die Gattin des Dahingegangenen sank zu Boden. Und das Kind warf sich über die Mutter und rief: „Mama, Mama, sei doch wieder gut, — ich will ja auch immer artig sein!“

(Frankf. Ztg.)

— Von der „Neuen Zeit“ (Stuttgart, J. v. B. Dieß Verlag) ist soeben das 24. Heft des 12. Jahrgangs erschienen. Aus dem Inhalt seien hier hervor gehoben: — Aufhebung des Inhabersbesitzes. — Von Dr. Rudolph Meyer. — Briefe aus England. — Der Kammerherr Banntsch. Eine Betrachtung über Krebs und Wechseljahren. — Von E. Grotzfeld. — Hierarchische Kammerbau. — Notizen: Von Deutschland ohne Betriebsruhe vom Auslande existiren? — Krampf und Krampfheit. — Gruelton: Der Tod im Balde. — Von Adolphe Reaux. (Fortsetzung.)

im Einverständnis mit dem Gemeinderath, Gemeinbedienstete auf Lebenszeit anstellen können. Durch die Anstellung auf Lebenszeit würden die für die Zivilstandsbehörden geltenden Bestimmungen Anwendung finden, wonach die Gemeinbediensteten, wenn sie ein Alter von 70 Jahren erreicht oder durch einen Unfall in ihrem Dienstverhältnis untauglich geworden, pensionberechtigt werden. Die Pension würde die Hälfte des Gehaltes betragen. Der Statutenentwurf stand schon auf der Tagesordnung der letzten Sitzung; die Beratung war aber zur gestrigen vertagt worden. Schon vor zwei Jahren hatte ein ähnlicher oder derselbe Antrag den Gemeinderath beschäftigt, war aber abgelehnt worden. Dasselbe Schicksal hatte der Entwurf in der gestrigen Sitzung. Nach lebhafter Debatte wurde derselbe in namentlicher Abstimmung mit 15 gegen 3 Stimmen abgelehnt. Eine lebhafte und lange Debatte riefen dann die um Theil in zweiter Lesung vorliegenden Anträge der Grundbesitzer E. Harms und Genossen, betreffs Ausbau der verlängerten Börsestraße, Mittelstraße und Peterstraße, hervor. Die Interessenten haben nun protokolllarisch die vom Gemeinderath in den letzten Sitzungen ausgesprochenen Forderungen, bezüglich der Breite der Straßen, Entwässerung und Anlegung von Verbindungsstraßen, im vollen Umfang akzeptirt. Nur bitten sie, schon vor der Erledigung der Differenzen mit der Oldenb. Spar- und Leihbank mit dem Ausbau der Börsestraße von der Mittelstraße ab, anstatt von deren jetzigem Endpunkt, beginnen zu dürfen, und verlangen als Gegenleistung die sofortige Uebernahme der fraglichen Straßen nach deren Fertigstellung, die unter Aufsicht des Bezirksbauamteilers geschehen solle. Die Fahrbahn wird aus Altkorn I. Klasse hergestellt werden. Durch den Ausbau dieser projektirten Straßen werden die Straßengassen in Neubremen befestigt werden, was vom Gemeinderath als eine Wohlthat anerkannt wird, und derselbe seine Zustimmung zu den Straßenprojekten giebt unter der Bedingung, daß die Entwässerungsarbeiten eine Sichtweite von 0,30 Meter bekommen, und mit dem Wunsch, daß bis zur zweiten Lesung des Antrages, betr. Ausbau der Mittelstraße, die Interessenten die Vereinbarung mit der Oldenburgischen Spar- und Leihbank über den Austausch resp. über die Entschädigung der freigelegten Grundstücke getroffen haben, um die Börsestraße an ihrem jetzigen Endpunkte anschließen zu können. Im weiteren Verlauf der Verhandlung wurde das Gesuch eines Kandidaten des Bantersweges um Erstattung der Hälfte der Kosten für Zuweisung des Grabens bei seinem Hause abgelehnt. Der in der letzten Sitzung zum Bezirksverwalter des I. Bezirks wiedergewählte Unternehmer Wieting hat die Wahl abgelehnt und muß eine Neuwahl vorgenommen werden. Derselbe fällt auf den Schmiedemeister Kopfen zu Sedan. Der Vorstehende theilt darauf mit, daß das Reichsministerium den Bau der Fußgängerbrücke über den Ems-Dele-Kanal genehmigt hat und mit dem Bau begonnen werden kann. Nachdem noch ein Gesuch um Niederlegung der Kommunalsteuern zukunfts erwidert wurde, trat Schluß der Sitzung ein. — Nachfragen wollen wir noch, daß bezüglich der Entzeigung des Goldberges ein Antrag des Großherzoglichen Amtes eine Kommission gewählt wurde, die mit dem Vermessungsinspektor des Amtsbezirks das zu entzweigende Grundstück ausmessen und feststellen soll. Die Angelegenheit ist also über das Anfangsstadium noch nicht hinausgekommen und zwar darum schon nicht, weil die beiden Gemeindegrenzen, die durch Wegräumung des Goldberges verbunden werden sollen, erst im Register eingetragen sein müssen, was jetzt erst geschehen ist.

Wilhelmshaven, 14. März. In der letzten Sitzung des Bürgervereinskollegiums glaubte der Magistrat den Herren Stadträtern eine große Freude bereitet zu haben durch seinen Beschluß, aus Anlaß des 25jährigen Jubiläums des Bestehens der Stadt bei der Regierung die Ausdehnung der vertheidigten Städteordnung auf Wilhelmshaven zu beantragen, um die Selbstständigmachung der Stadt endlich herbeizuführen. Außer dem Bürgervereins-Vorsitzenden und einigen magistratsfremden Mitgliedern machte dieser Beschluß des städtischen Oberhauptes dem Kollegium keine Freude. Der Bürgervereins-Vorsteher nannte den Beschluß zwar einen „schönen Witz“, doch schien er nach seinen Ausführungen ganz und gar nicht geneigt zu sein, die Kosten dieses Witzes der Stadt aufzulegen zu wollen. Denn wenn die famose rev. hannov. Städteordnung auf Wilhelmshaven ausgebeugt wird, dann hat die Stadt zwar den Vortheil, die — sagen wir — Vormannschaft des Landratsamtes los zu werden und kann mit der Regierung direkt in allen Verwaltungs-sachen verhandeln; kann ferner Schanz-Konzeptionen erteilen und hat da und dort etwas mehr Uebensorgenfreiheit in Verwaltungs-sachen, aber dagegen muß der Bürgermeister und die anderen Mitglieder des Magistrats auf Lebenszeit gewählt werden. Davor graut nun selbst den magistratsfremden Mitgliedern des Kollegiums. Der Bürgervereins-Vorsteher, der den Magistratsbeschluß freudig begrüßt hatte, suchte nach Hintertüren, um der unangenehmen Lebens-länglichkeit zu entgehen. Erst befruchtete er sie, als sie ihm aber schwarz auf weiß entgegen grinst, meinte er, der Bürgermeister könne vielleicht doch ausgenommen werden, denn den brauche man nicht notwendig als zum Magistrat gehörig zu betrachten. Diese nicht besonders weisen Aus-sprüche mögen verdammt sein und wäre ein lebenslänglicher Bürgermeister ein kleineres Uebel als drei lebenslängliche Rathsherren; denn diese können den Bürgermeister über-nehmen. Melanchthon Thaden, der in seinen Reden immer sein sachte und läublich fährt, hatte sich den Trost ausgesprochen, daß bei einer Veränderung der Stadt nach dem Beschluß des Magistrats ja eine Neuwahl des Bürger-meisters und der anderen Magistratspersonen stattzufinden habe — für gewiß freilich mußte weder er noch Andere es so sagen — dann könne man ja wählen wen man wolle. Daß damit nichts gehestert ist, sondern die Stadt erst recht vom Regen in die Traufe kommen kann, liegt auf der Hand. Jetzt weiß die Stadt, was sie hat, obgleich der Magistrat nach vieler Ansicht kein Ausbund von Weisheit ist; was die Stadt aber für einen Magistrat kriegen wird, das vor-berzusehen wird aber selbst dem „heilsehenden“ Melanchthon Thaden unmöglich sein. Die Konjunktura mögen sich daher versehen, ehe sie dem Antrage des Magistrats zustimmen. Zweifelschone ist es besser für die Stadt, wenn sie in be-scheidener Stellung ihre Verwaltungsbeamten alle 12 resp. 6 Jahre wählt, als wenn die Selbstständigkeit mit einem lebenslänglichen Oberhaupte erkauft wird. Wer von den Stadträtern aber gar sich die Kanzerhöhung der Stadt um jeden Preis erkaufen möchte und sich damit tröstet, daß die hannoversche Städteordnung ja revidirt und die veraltete Lebenslänglichkeit abgehafft werden könne, der muß für sehr naiv gelten, was durch die Faltung des preussischen Herrenhauses neulich gegenüber einer Petition um Abände-rung dieser Städteordnung treffend illustirt wird. Die Kommission für kommunale Angelegenheiten im Herrenhause beantragte Uebergang zur Tagesordnung. In der Diskussion erklärte der Bürger- und Bauernfreund Graf v. Kniphausen, die hannov. Städteordnung sei ein „noli me tangere“, ein „Ruhe-mid-richt-an“, worin sich mehrere Oberbürger-meister ganz oder theilweise bestimmten. Von dieser er-zectionären Körperchaft und Interessenvertretung eine Abende-rung in demokratischem Sinne erwarten zu wollen, hieße noch mehr als freigen von der Difel zu verlangen. In der Bürger- und Einwohnerschaft müßte ganz entschieden auf dieser Frage Stellung genommen werden, um das Kollegium vor einem folgenschweren und kostspieligen Be-schlusse zu bewahren.

Oldenburg, 14. März. (4. Sitzung des Schwur-gerichts.) Angeklagt ist der Arbeiter F. S. Jolkerts aus Wilhelmshaven, am 20. Dezember 1893 und am 24. Januar 1894 zu Oldenburg durch eine fortgesetzte Handlung vor einer zur Abnahme von Eiden zuständigen Behörde, dem großherzoglichen Landgerichte Oldenburg, in der Strafsache gegen den Schmied Friedrich Schläge zu Deppens, wegen Körperverletzung, den vor seiner Vernehmung geleisteten Eid wesentlich durch ein falsches Zeugnis verletzt zu haben. Der Schmied Friedrich Schläge zu Deppens war angeklagt, am Abend des 9. September 1893 dabeist den Arbeiter Jolkerts durch ein falsches Zeugnis zu haben, daß er ihn mit einem Streichholzbehälter aus Porzellan an den Kopf waff; Jolkerts, Schläge, Jolkerts und Andere hatten sich in der Eilers'schen Wirthschaft zu Deppens besunden. Vorher hatten Jolkerts und Schläge schon in der Stahmer'schen Wirthschaft in Neuberger Neuengraben Streit gehabt. Bei Eilers getrieben sie wieder in Streit und Jolkerts verließ zusammen mit einem Anderen die Wirthschaft. Im Termin zur Hauptverhandlung vor der Strafkammer I des Landgerichts vom 20. Dezember 1893 wurde der Angeklagte vernommen und sagte nach Bestimmung des Jurgeneides aus, er habe mit Schläge zusammen die Eilers'sche Wirthschaft verlassen und Schläge dabei nicht aus den Augen gelassen, unmittelbar vor der Hausthür habe er Schläge in den Arm genommen und denselben nach Hause gebracht, er habe nicht gesehen, daß Schläge den Jolkerts gemorren habe; er hätte es sehen müssen, wenn es geschehen wäre. Dasselbe hat er in einem ferneren Termin am 24. Januar d. J. ausgesagt. Diese Aussage ist, wie der Angeklagte Jolkerts in der heutigen Sitzung selbst zugesteh, falsch. Er will dieselbe dem Schläge zu Gefallen und unter dessen Einwirkung gemacht haben. Daraus wurde der Angeklagte in eine Zuchthausstrafe von 1 Jahr 6 Monaten, Aberkennung der bürgerlichen Ehren-rechte auf 3 Jahre und dauernde Unfähigkeit, als Zeuge oder Sachverständiger vernommen zu werden, verurtheilt. — In der 5. Sitzung sind angeklagt der Musiker Fritz Engel aus Grabow und der Wirth und Musiker Johann Huntemann aus Delmenhorst, am 6. Februar 1894 zu Delmenhorst vorzüglich den Haussohn Joh. Heinr. Schulenburg aus Stemme körperlich mißhandelt und dadurch den Tod desselben verursacht zu haben und zwar gemeinschaftlich, indem Beide auf die Aufforderung des Angeklagten Hunte-mann den Schulenburg verfolgten, um ihn zu schlagen, und der Angeklagte Engel ihn mit einem zusammengefaßten eisernen Notenhänder auf den Kopf schlug, so daß er dadurch einen Schädelbruch erlitt. Es wurde erkannt gegen jeden der Angeklagten, unter Annahme miteinander umstände auf eine Gefängnißstrafe von 1 1/2 Jahren.

Curhaven, 15. März. Am Sonnabend voriger Woche traf der Kreuzer „Prinzeß Wilhelm“ zu kurzem Aufenthalt hier ein. An Bord des Schiffes sah ein Obermaat eines Bergehens halber im Arrestlokal. Während das Schiff hier vor Anker lag, gelang es ihm, aus dem Lokal zu entkommen; er sprang in der Absicht, zu desertiren, am Sonntag Morgen über Bord und versuchte, schwimmend eines der auf der Rhede liegenden Konfahrttschiffe zu erreichen. Die Strömung trieb ihn jedoch hinweg und er ertrank trotz aller Rettungsversuche. Der Ertrunkene stammte aus Münden, Kreis Göttingen; sein Name war August Heinrich Recke; er war am 21. Februar 1871 geboren. Die „Prinzeß Wilhelm“ ging am Sonntag wieder in See.

Vermischtes.

— In Rdn.-Deutsch fand man den Nacht-Bacht-posten der Wintere auf dem Uebungsplatz vor dem Urbans-chor als Leiche. Der Soldat hatte, wie der „Rdn. Volkstz.“ berichtet wird, einen tödtlichen Schuß in den Mund erhalten. Ob Selbstmord oder Mord vorliegt, wird wohl die nähere Untersuchung ergeben.

Mein Lager bietet momentan eine **übergrosse Auswahl** in **Herren- und Knaben-Anzügen** sowie **Brant-Anzüge** in jeder Preislage.

Aug. Holthaus, Neuestr. 16.

Starke und billige Arbeiter-Artikel.

Größte Auswahl in Herren- und Knaben-Hüten u. Mützen.

Wulf & Francksen



Ausstellung tertiger Betten.

Einschlängige Betten Nr. 10

aus roth-grau gestreift. Atlas mit 16 Pfund Federn.

Oberbett	10,25
Unterbett	10,25
2 Rippen	7,—
Wrt. 27,50	
zweischläf. Wrt.	31,—

Einschlängige Betten Nr. 10b

aus roth-bunt gestreift. Atlas mit 16 Pfund Federn.

Oberbett	13,50
Unterbett	13,50
2 Rippen	9,—
Wrt. 36,—	
zweischläf. Wrt.	40,50

Einschlängige Betten Nr. 11

aus rothem oder roth-rosa Atlas mit 16 Pfund Halbdaunen.

Oberbett	17,50
Unterbett	17,50
2 Rippen	10,—
Wrt. 45,—	
zweischläf. Wrt.	50,50

Einschlängige Betten Nr. 12

Oberbett aus rothem Daunen-tücher, Unterbett aus roth. Atlas mit 16 Pfund Daunen u. Federn.

Oberbett	22,—
Unterbett	20,50
2 Rippen	12,—
Wrt. 54,50	
zweischläf. Wrt.	61,—

Die kolossalen Lagervorräthe

des Konfektionshauses I. Ranges

Julius Schiff

M. Philipson Nachfolger

12 Bismarckstraße 12

bieten für Jedermann das Richtige, besonders aber das Beste in diesem Fache zu den niedrigsten Preisen im Orte!

Herren-Anzüge

in eigener Werkstatt fachgemäß gut gearbeitet:

Moddefarbige Frühjahrs-Anzüge à 14, 18, 21, 24, 27, 30, 35, 40 Mt.

Dunkle Buchstein-Anzüge à 18, 22, 25, 29, 35 Mt.

Stammgarn-Anzüge à 21, 27, 29, 34, 38, 42, 45 Mt.

Gehrock-Anzüge à 34, 39, 45, 52 Mt.

Herren-Paletots

à 9, 12, 18, 21, 24, 29, 32 Mt.

Außerdem sind jetzt ganz hochfeine Musterstücke in Anzügen und Paletots vorrätzig.

Anfertigung nach Maass preiswerth und sicher.

Große Auswahl in Wäsche-Artikeln:

- Chemisets
- Kragen
- Hanfschellen
- Schlipse u. Kravatten
- lehtere von 10 Pf. an)
- Seiden-, Baumwoll- u. Glacehandschuhe.
- Corsets v. 70 Pf. an.
- Damen-Schürzen von 40 Pf. an.

Gratulationskarten.

Empfehle als Zimmerschmuck künstliche Blumen in Töpfen und Vasen, sowie sämtliches Material zur Blumen-Anfertigung.

B. Grashorn,
Bant,
Neue Wilhelmshavenerstr.

Wilhelmshavener Spar- u. Bausgesellschaft

e. o. m. v. o.

Die Lieferung von

1. I Trägern
2. Holz
3. Tischlerarbeiten
4. Cement

zu drei Neubauten

soß am

Freitag den 23. ds. Mts.,

Nachmittags 5 Uhr,

in Kohls Gastwirthschaft auszu-
bungen werden.

Reflektanten werden gebeten, bis dahin ihre Offerten im obigen Lokale abzugeben. Bedingungen liegen vom heutigen Tage daselbst aus.

Wilhelmshaven, 16. März 1894.

Der Vorstand.

Zu vermietthen

zwei vierräumige Wohnungen zum 1. Mai, eine dreiräumige Wohnung zum 1. Juni.

S. Rettwig.

Neue Wilhelmshavenerstr. 52.

Zu vermietthen

eine möblirte Stube. Neue Wilhelmshavenerstr. 69, 1 Tr. 1.

Zu vermietthen

ein möbl. Wohn- nebst Schlafzimmer an 1 oder 2 junge Leute. Marktstr. 6 neben Burg Hohenzollern.

Zu verkaufen

zwei Schweine zum Witterfüttern. Werkstraße 10.

Politisches!

Ob die Handelsverträge gut ob schlecht In diesen elenden Zeiten, Darüber mag Jeder mit Fug und Recht An seinem Stammtisch streiten; Unstreitig aber das Beste ist: Wenn in den heimischen Grenzen Die heimischen Firmen zu jeder Frist Durch solide Bedienung glänzen! Drum schließe — wer gerne wahren mag Seinen Vortheil in Handel und Wandel — Als Käufer schleunigt 'nen Handelsvertrag Mit der Firma:

B. H. Bührmann ab.

Junger Mann

sucht zum 1. t. M. ein unmöblirtes Zimmer. Gest. Offerten Wilhelmshav. Str. 50 erbeten.

Zu vermietthen

eine Mietwohnung. B. S. Altrichs, Greenstr. 54

Empfehle:

la. Wollgarn

— sehr haltbar —

besonders geeignet f. Knaben- und Männer-Socken, in allen Farben, Pfd. Mt. 2,20.

la. Diamantschwarz

recht feinfädig, Pfd. 2,90. Auch in allen mekstrren Farben vorrätzig. — Ferner:

la. Kamella

Zollpfund zu 3,00, 3,50 und 4,00 Mt.

H. Hikegrad,

Werkstraße.

Konfirmations-Gratulations-

Karten in großer Auswahl empfiehlt S. C. Traugott, Tonndelich, vis-à-vis der Schule.

Ein gebrauchtes, aber noch gut erhaltenes

Zweirad

(Roover) wird zu kaufen gesucht. Offerten mit äußerster Preisangabe unter B. B. 57 an die Exp. d. Bl. erbeten.

Oldenburg.

Sonntag den 18. März 1894

Nachmittags präzis 3 1/2 Uhr findet im Lokale des Herrn Räte in Othenburg eine

gemeinsame

Versammlung

der Volkvereine von Oldenburg und Othenburg statt.

Tages-Ordnung:

1. Berichterstattung vom Bremer Parteitag.
2. Janere Angelegenheiten.
3. Vortrag des Genossen Hug aus Bant über die Bedeutung des 18. März.

Indem wir alle Mitglieder freundlich einladen, bemerken wir, daß nur solche zugelassen werden, die sich durch ihre Mitgliedskarte legitimiren.

Die Vorstände.

Gesangverein „Fätitia“.

Die nächste Gesangstunde findet umständehalber am

Sonntag den 18. März,

Nachmittags 1/3 Uhr,

statt. Um pünktliches Erscheinen sämtlicher Mitglieder bittet

Der Vorstand.

Zu vermietthen

zwei vierräumige Etagenwohnungen zum 1. Mai. Neue Wilhelmshavenerstr. 17.

Zu vermietthen

eine Oberwohnung zum Preise von 10 Mt. monatlich. Eduard Ahrens, Oldenburgstr. 31.

Gutes Logis für 2 junge Leute. Greenstraße 82, 1.

Dankagung.

Für die vielen Beweise aufrichtiger Theilnahme bei dem Tode unserer lieben Tochter, sowie für die zahlreichen Kränzspenden sagen wir hiermit unseren aufrichtigsten Dank. S. Bruns nebst Familie.